



Siebenbürgisch-Deutsches

# Tagelblatt

**Schriftleitung**  
 und **Verwaltung:**  
 Hermannstadt, Seltener-  
 gasse 23.  
 Postfach Nr. 1305.  
 Schriftleiter:  
 Hermannstadt Nr. 11.  
 Verwaltung Nr. 21.  
 Erscheint täglich  
 mit Ausnahme der Sonn-  
 und Feiertage.  
**Bezugspreis**  
 für Hermannstadt:  
 monatlich 1 K 70 h,  
 vierteljährlich 5 K  
 Jahresstellung ins  
 Haus; mit Zustellung  
 monatl. 2 K, 4 Jhr. 6 K;  
 mit Postverendung:  
 für das Inland:  
 vierteljährlich 7 K;  
 für das Ausland:  
 Viertel, 7 Mk., 10 Gros.  
 Einzelne Nummer 10 h.

**Bezugsbestellungen**  
 und **Anzeigen**  
 übernimmt außer des  
 Hauptstells  
 Seltenergasse 23 jedes  
 Zeitungsverleihs  
 und jede Anzeigen-  
 vermittlungsstelle des  
 In- und Auslandes.  
**Anzeigenpreis:**  
 Der Raum einer ein-  
 spaltigen Petitzeile  
 kostet beim einmaligen  
 Einrücken 14 h, das  
 zweitemal je 12 h, das  
 drittemal je 10 h.  
 Bei größeren Auf-  
 trügen entsprechendes  
 Nachlaß.  
 Beilagen nach Ueber-  
 einkommen.

Nr. 13228

Hermannstadt, Dienstag 17. April 1917

44. Jahrgang

## Englands Pläne in der Ostsee.

Ueber die eigenartigen Pläne, die England nach den vor einigen Tagen an die Öffentlichkeit getretenen Nachrichten, auf die russischen Besitzungen an der Ostsee hat, schreiben die „Münch. N. N.“:

Die Lenker der englischen Politik verstehen es, unbeschwert von Strupeln des Gewissens aus allen Blüten Honig zu saugen. Sie haben die Kollage Frankreichs benützt, um sich in Calais und ganz Nordwestfrankreich festzusetzen, und sind jetzt, wenn die Nachricht zutrifft, auf dem Wege, auch auf russischem Boden fest Fuß zu fassen.

Die neue russische Regierung ist in finanzieller Beziehung noch mehr auf Englands Gnade angewiesen als das Regime des Zaren. Die zuerst geplante „Freiheitsanleihe“, die in die Kassen der Revolutionsregierung das ersuchte Geld bringen sollte, scheint bereits aufgegeben zu sein und von Frankreich, dem früheren Geldgeber, ist keine Hilfe zu erwarten; in dieser Lage bleibt den russischen Staatsmännern nichts übrig, als den Weg zu beschreiten, den vor ihnen Herr Bark schon manchmal erfolglos gegangen ist, zur englischen Finanzwelt. Dort will man offenbar den neuen Bundesgenossen in der Verteidigung der Demokratie nicht im Stiche lassen, allerdings nur unter der Bedingung, daß er sich auf die Stellung konkreter Bürgschaften und Pfänder versteht. Als Unterpfand für die Gewährung finanzieller Hilfe soll das britische Kabinett die Abtretung aller Inseln verlangt haben, die die Zugänge zu den russischen Ostseehäfen beherrschen, und die englische Regierung will sich — natürlich nur im Interesse Rußlands — sogar „verpflichten“, diese Inseln zu festen Flottenstützpunkten auszubauen. Als Termin der Rückgabe der Inseln an Rußland soll der Tag in Aussicht genommen sein, an dem die Petersburger Regierung die englischen Darlehen getilgt hat.

Die russischen Minister, die auf dieses Geschäft eingehen wollen, werden sich über seine Tragweite kaum im Unklaren sein, so wenig wie das Londoner Kabinett an seine angeblich so selbstlose Geste glaubt, mit der es den Handel in der Ostsee zu beschönigen sucht. Worauf England einmal seine Hand gelegt hat, das wird in den britischen Atlanten alsbald mit der roten Farbe gekennzeichnet, die die Zugehörigkeit zum britischen Imperium andeutet, und ob es nun Pachtverträge oder andere harmlos klingende Rechtsgeschäfte sind, auf die sich der britische Besitzittel gründet, zurückgegeben wird nichts mehr. Die ganze englische Kolonialgeschichte, das Schicksal Cyprens und Aegyptens erbringen hundertfältige Beweise für diese typisch englische Technik des Vandalismus. Wenn nun Großbritannien auch in der Ostsee sich auf Umwegen Stützpunkte zu verschaffen sucht, so folgt es damit nur den bewährten Prinzipien seiner Politik. Die Vorteile des Geschäfts für England liegen offen zu Tage: wenn britische Kanonen die Zugänge zu den Häfen des Bostnischen, Finnischen und Niagaer Meerbusens unter Feuer halten können, ist während des Krieges England der Herrscher im russischen Teil der Ostsee; und nach dem Friedensschluß gewinnt der Besitz der Stütz-

punkte erst recht von Jahr zu Jahr an Wert. Jedes Schußloch in Rußland weiß schon heute, daß die Milliarden, die England heute der Revolutionsregierung vorstreckt, niemals wieder nach London zurückfließen werden; damit rückt der Termin für die Rückgabe der „Pachtgebiete“ in die Ferne des Niedergeschens. England bleibt dann die erste Ostseemacht und seine Kriegsschiffe finden auf den ihm gehörigen Inseln alles, was sie brauchen, um nach allen Seiten operieren zu können. Auf die Befriedigung seiner Geldforderungen kann es großmütig Verzicht leisten; ihm genügt es, Rußland in der Ostsee in Schach halten zu können, wenn etwa im Wandel der Zeiten sich der latente englisch-russische Interessentkonflikt in Mittel-asien wieder einmal zuspitzen sollte.

Wie weit die Verhandlungen über das Inselgeschäft zur Stunde gediehen sind, ist uns nicht bekannt, und es ist fraglich, ob die Beteiligten es überhaupt für nützlich und nötig halten, darüber offizielle Nachrichten auszugeben. Wenn die Männer, die in Rußland dafür die Verantwortung tragen, nicht von allen Göttern verlassen sind, wird sie ihr schlechtes Gewissen schon dazu veranlassen, die ganze Angelegenheit in ein wohlthätiges Dunkel zu hüllen; es sind russische Lebensinteressen, mit denen sie ihr Spiel treiben, und das Schicksal des ganzen großen Reiches, dessen Macht mit dem freien Zugang zur Ostsee steht und fällt, ist als Marktware in ihre Hände gegeben. Wir wollen abwarten, ob die russische Öffentlichkeit, wenn sich einmal die Schleier lüften, die den Handel noch verdecken, dieselbe Bereitwilligkeit zur wirtschaftlichen und machtpolitischen Selbstverstümmelung zeigt, wie ihre jetzigen Führer.

Vom deutschen Standpunkt aus verdienen die englisch-russischen Verhandlungen aufmerksamste Beachtung. Die Ostsee ist seit Beginn des Krieges dank der Wachsamkeit unserer Flotte für die deutsche und die neutrale Schifffahrt ein freies Meer gewesen, das auch gelegentliche russische Vorstöße nicht einengen konnten. Dieses Bild würde sich nach dem Kriege sofort ändern, wenn die englische Marine im oberen Teile der Ostsee ihre Flagge aufziehen und die Durchgänge kontrollieren würde. Wir brauchen uns nur an die Bedeutung zu erinnern, die Calais unter englischer Herrschaft in diesem Kriege für die Kanalschifffahrt gewonnen hat, um zu erkennen, was uns bevorsteht, wenn es der britischen Politik gelänge, ihre Absichten auch in den nordöstlichen Meeresstraßen zu verwirklichen. England sucht sein Ziel, die Befestigung und Ausdehnung seiner Machtstellung auf der Erde, in diesem Kriege unter allen Umständen zu verwirklichen; glückt es ihm nicht, auf Deutschlands und seiner Verbündeten Kosten zu wachsen, so greift es unbedingt nach dem Hab und Gut seiner eigenen Alliierten, um damit den Ring um uns noch enger zu spannen, als er schon vor dem Kriege war. In unserem eigenen, höchstpersönlichen Interesse liegt es, falls das englisch-russische Geschäft wirklich zum Abschluß kommt, die Befestigung des britischen Einflusses in der Ostsee zu einer unserer dringendsten Kriegszielforderungen zu erheben.

## Politische und Kriegsübersicht

**Die allgemeine Kriegslage.** Die „Königliche Zeitung“ bespricht in einem Berliner Artikel die verschiedenen russischen Rundgebungen der letzten Woche und stellt fest, daß hier zwei Strömungen gegeneinander liegen und daß ihre Rundgebungen Unklarheiten aufweisen, deren Klärung man abwarten müsse, ehe man ein abschließendes Urteil über den mutmaßlichen Ausgang fällen kann. Das Blatt erinnert an die Äußerungen der „Times“, die die Beunruhigung in England über die Entwicklung der Dinge in Rußland kennzeichnen, und stellt demgegenüber fest, daß Deutschland in der Lage ist, die weitere Entwicklung ruhig abzuwarten. Eine Bestätigung hierfür bildet der neue Beweis des erfolgreichen Fortganges des Unterseeboottkrieges, woran auch der österreichisch-ungarische Bundesgenosse seinen wackeren Anteil habe. Wenn die amerikanische Agitation diese letztere Tatsache verschweige, so gehe daraus hervor, daß der Krieg in Wirklichkeit nicht der Anwendung einer neuen Waffe gelte, sondern der aufstrebenden Wirtschaftskraft Deutschlands, von deren Bedrohung England befreit werden soll. Im Anschluß daran, und an eine Prophezeiung, die der bekannte amerikanische Ägyptologe Professor Reiskner in der Egyptian Gazette vom 28. September 1915 aussprach, daß nämlich, wenn Frankreich oder Rußland Zeichen von Schwäche aufweisen sollten, Amerika sicherlich in den Krieg eingreifen werde, schildert das Blatt auf Grund englischer Äußerungen die englischen Nahrungsmittelschwierigkeiten und schließt mit den Worten: Diese Tatsachen geben uns ein neues Anrecht, die Gestaltung der Dinge im Lager unserer Feinde in Ruhe zu beobachten und zuversichtlich an den Grundfragen festzuhalten, die wiederholt von den verbündeten Regierungen für die Tage des Friedensschlusses aufgestellt wurden. In diesem Sinne waren auch die Besprechungen gehalten, die am 3. April im deutschen Hauptquartier zwischen Kaiser und König Karl und Kaiser Wilhelm stattgefunden haben. Diesen Besprechungen lag der leitende Gedanke zugrunde, daß der Krieg mit voller Kraft und Entschlossenheit fortgesetzt werden müsse, bis ein ehrenvoller Friede, den die politisch verantwortlichen Stellen der beiden Zentralmächte als ihr Kriegsziel gekennzeichnet haben, erreicht ist.

**Die Kämpfe an der Westfront.** Ueber die letzten Kämpfe schreibt der „Nieuwe Courant“, man müsse zwischen den Gebieten südlich und nördlich von Arras unterscheiden. Das erste liege in der sogenannten beweglichen Front, wo die Deutschen zwar heftigen Widerstand leisten, aber doch mehr Nachhutgefechte liefern. Das zweite, wo die Schlacht von Arras hauptsächlich wütet, ist der berühmte feste Punkt. Hier hat sich die Lage nach dem ersten gewaltigen Stoß der Engländer nicht wesentlich verändert.

**Die Kämpfe der Türken.** Der Konstantinopeler Berichterstatter des „Nieuwe van den Dag“ schreibt in einem Briefe vom 1. April, daß man in Konstantinopel wegen des Falles von Bagdad sich keine ernstlichen Sorgen mache. Die Nachricht von der Aufgabe der alten Kalkenstadt habe wohl schmerzlich berührt, aber die Erklärungen Entwer Paschas im Parlament hätten

überall beruhigend gewirkt. Der Berichterstatter erzählt dann, daß die Verstärkungen, die schon lange abgefeuert waren, nicht über den Gyllaischen Taurus kommen konnten, daß nun aber, wo der Verkehr wieder geöffnet sei, sofort alle Maßnahmen getroffen wurden, um die Truppen mit dem Nötigen zu versehen, nicht nur um den Feind am weiteren Vorrücken zu verhindern, sondern auch um ihn wieder zurückzutreiben. Dafür sind keineswegs Truppen von einer der Fronten außerhalb des Reiches zurückberufen worden. Im Gegenteil sind gerade seit einigen Wochen die Türken, welche bis dahin an der mazedonischen Front auf dem östlichen Flügel standen, auch im Westen, dem Abschnitt zwischen Dardana- und Bosphorus-See zugeteilt, wo die Franzosen vergeblich grimmige Versuche machten, durchzubrechen. Weiter teilt der Bericht erstatter mit, daß man in den leitenden Kreisen Konstantinopels, wie auch allgemein im Volke, davon überzeugt sei, daß der große Krieg nicht auf einer der türkischen Fronten, sondern vielmehr in Europa selbst entschieden werden müsse. Da von dieser Entscheidung, wie aus den Erklärungen Emver Paschas unerbötlich hervorgehe, das Fortbestehen namentlich des türkischen Reiches abhängt, so hätten besonders die Türken das größte Interesse daran, daß die Mittelmächte den Sieg erringen. Infolgedessen sei es für sie eine heilige Pflicht der Selbsterhaltung, dazu möglichst mitzuhelfen und Streitkräfte zur Verfügung zu stellen.

**Die russische Revolution.** Dem „Berliner Intelligenzblatt“ wird gemeldet: Ein hervorragendes Mitglied der italienischen Sozialdemokratie erklärte in Mailand: „Auf das Drängen des russischen Arbeiter- und Soldatenausschusses unterhält die provisorische Regierung Rußlands zurzeit einen regen Gedankenaustausch mit den verbündeten Kabinetten hinsichtlich der Umgestaltung der seinerzeit dem Präsidenten Wilson bekanntgegebenen Kriegsziele der Entente, die in ihrer neuen Form baldigst veröffentlicht werden soll. Die provisorische Regierung hat die Verbündeten gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß von der Entscheidung dieser Frage die Haltung Rußlands zum Londoner Abkommen, das vom alten Regime unterzeichnet worden ist, abhängen wird. Auch Präsident Wilson soll an den Beitritt der Union zum Londoner Abkommen, der noch nicht erfolgt ist, die Bedingung knüpfen, daß eine neue Fassung der Kriegsziele der Alliierten sofort veröffentlicht werden wird.“

**Deutschland und Amerika.** Der „Times“ wird aus Washington gemeldet: Militärische Sachverständige sind der Ansicht, daß angesichts der Lage in Kuba, Mexiko und Mittelamerika und in Anbetracht der offensiblen „teutonischen“ Bestrebungen, rund um das Karibische Meer Unruhen hervorzurufen, es unklug wäre, die an und für sich schon ungenügenden mobilen Streitkräfte noch zu verringern. Auf dem Papier beträgt die Stärke der regulären Armee 100.000 Mann. Es ist aber zweifelhaft, ob im Augenblick mehr als 50.000 Mann verfügbar sind. Auch die Truppenstärke der Nationalgarde von rund 120.000 verfügbaren Leuten ist, selbst wenn nicht die meisten ihrer Verbände für den heimatischen Polizeidienst gebraucht würden, nicht hoch. Was die Möglichkeit deutscher Verschwörungen (?) anbelangt, so besteht in gut unterrichteten Kreisen die Ansicht, daß die Rede des Präsidenten mit ihrer Unterscheidung zwischen dem deutschen Volke und der deutschen Regierung zum guten Teile darauf berechnet war, die Geister hier zu beunruhigen. Sie hat augenscheinlich lähmende Meinungsverschiedenheiten unter den Führern der teutonischen Propaganda und zwischen den orthodoxen Deutschen und den mehr liberalen Deutschamerikanern hervorgerufen.

Die „Neue Hamburger Zeitung“ meldet aus Rotterdam: Wilson beabsichtigt die Belagerung des ganzen Landes, um Angriffen gegen Munitionsfabriken vorzubeugen und Attentäter mit der Todesstrafe belegen zu können.

**Japan, Amerika und England.** Ein Amerikaner, den der Haager Vertreter der „M. N. N.“ sprach, meinte, daß die militärischen Vorbereitungen der Vereinigten Staaten tatsächlich mehr Japan als Deutschland gelten. Man sei in Amerika längst zu der Überzeugung gekommen, daß eine Abrechnung mit Japan früher oder später unvermeidlich sei, habe aber nicht gewagt, sich ohne guten Vorwand auf sie vorzubereiten. Jetzt sei er gefunden

und Japan könne nur zusehen. Er setzte hinzu, nichts würde der Entente in Amerika mehr gegen den Strich gehen, als wenn Deutschland Wilson und seine kriegerischen Äußerungen einfach ignoriere, den Unterseebootkrieg unbeirrt durchführe und sich im übrigen Amerika gegenüber auf die höchste Abwehr beschränke.

Diese Auffassung von dem eigentlichen Zweck des Eingreifens Amerikas in den Krieg, die auch wir schon vertreten haben, erhält eine auffallende Bestätigung durch einen japanischen Professor, mit dem ein neutraler Gewährsmann der „Köln. Zeitung“ sprach. Dieser Japaner versicherte im Hinblick auf die künftige Haltung Japans, England schon seine Flotte, damit deren Kanonen sich auch gegen Japan richten könnten, wenn dieses seinen Schutz an der asiatischen Sonne beansprucht. Amerika sei aus Furcht vor Japan in den Krieg gegen Deutschland eingetreten. Ueber die geheimen Abmachungen zwischen England und Amerika sind wir, erklärte der japanische Professor, genau unterrichtet. Für Amerikas Vorgehen mußte sich England verpflichten, mit seiner maritimen und militärischen Kraft an der Seite Amerikas zu stehen, wenn der Endkampf um die Vorherrschaft am Stillen Ozean einsetzt. Deutschland werde bei diesem Endkampf schadenfroh Gelächter bei Fuß stehen. Bis dahin sind wir längst wieder gut Freund miteinander. Bezüglich Kautschou's erklärte der Japaner, Deutschland bekomme die Kosten seines Verlustes in China auf Heller und Pfennig zurück. Soviel und noch mehr ist uns Deutschlands Neutralität wert.

## Generalstabsberichte.

### Unser Generalstabsbericht.

**Budapest, 16. April.** Westlicher Kriegsschauplatz: Ueber Darmanesci schoß ein österreichisch-ungarischer Flieger ein feindliches Mörserflugzeug ab. Gestern entwickelte die russische Artillerie in Wolhynien eine gesteigerte Tätigkeit. Im übrigen gab es kein bedeutendes Ereignis.

**Italienischer Kriegsschauplatz:** Im Fleimstatalabschnitt drangen heute früh am Morgen unsere Sturmpatrouillen in die italienischen Stellungen ein und machten 7 Offiziere und 124 Mann zu Gefangenen.

**Südöstlicher Kriegsschauplatz:** Die Lage ist unverändert.

v. Höfer.

(Aus dem Magyarischen rückübersezt.)

### Der deutsche Kriegsbericht.

**Berlin, 16. April.** (Großes Hauptquartier.) Westlicher Kriegsschauplatz: Heeresgruppe des Kronprinzen Rupprecht: Auf dem Nordufer der Scarpe hielt unser Vernichtungsgeschütz englische Angriffswellen nieder, so daß ihr Sturm nicht zur Durchführung kam. Auch nordöstlich von Croisilles brachte unser Feuer einen starken Angriff der Engländer verlustreich zum Scheitern. Nördlich der Straße Arras—Combrai warf ein Vorstoß unserer Truppen den Feind auf Leguicourt und Bourfies zurück. Zu den heutigen blutigen Verlusten der dort fechtenden Australier kommt die Einbuße von 475 Gefangenen und 15 Maschinengewehren, die eingebracht, sowie von 22 Geschützen, die genommen und durch Sprengung unbrauchbar gemacht wurden. Bei St. Quentin nahm das Artilleriefeuer wieder zu.

Heeresgruppe des deutschen Kronprinzen: Zwischen Duse und Aisne sind gestern durch starkes Feuer vorbereitete Angriffe der Franzosen bei Baugailon und Chivres gescheitert. Von Soissons bis Reims und im Westteil der Champagne haben die Feuerkämpfe bei eingehender Artillerie- und Minenwerfertätigkeit angehalten. Nach Scheitern feindlicher Erkundungsvorstöße am 15. April ist heute morgens in breitem Abschnitt die Infanterieschlacht entbrannt.

Heeresgruppe Herzog Albrecht von Württemberg: In der Lothringer Ebene und der burgundischen Pforte blieben Erkundungsvorstöße französischer Sturmtruppen gegen unsere Stellungen ohne jeden Erfolg. Ein einheitlicher Angriff feindlicher Flieger gegen unsere Fesselballons längs der Aisne war ergebnislos. Der Gegner hat zwischen Soissons und Verdun

gestern 11 Flugzeuge verloren, deren Mehrzahl Maschinen neuester Bauart (Spads) sind.

**Ostlicher Kriegsschauplatz:** Heeresgruppe des Prinzen Leopold von Bayern: Im allgemeinen geringe Gefechtsaktivität. Nur an der Bahn Kowel—Luck verfeuerte die russische Artillerie etwa 10.000 Schuß gegen unsere Stellungen. Vordringende Streifabteilungen wurden abgewiesen.

**Mazedonische Front:** Keine besonderen Ereignisse.

v. Ludendorff.

## Telegramme des Korrespondenzbureaus.

### Eine große Schlacht an der Aisne.

**Berlin, 17. April.** Das „Wolff-Bureau“ meldet vom 16. d. M. abend: Bei Arras herrscht geringe Gefechtsaktivität. An der Aisne hat ein großer französischer Durchbruchstoß mit weitestgehendem Ziele nach zehntägigem Massenerfolg begonnen. Auf einer vierzig Kilometer breiten Angriffsfront ist ein erbitterter Kampf um unsere vordere Stellung im Gange.

### Der U-Bootkrieg.

**Berlin, 17. April.** (Admiralitätsbericht.) Im Mittelmeer sind nach neu eingegangenen Meldungen versenkt worden: Sechs Dampfer und vier Segler mit zusammen 40.782 Tonnen, darunter am 6. April der bewaffnete englische Dampfer „Spithead“, 4697 Tonnen, von Alexandria nach Kolumbien bestimmt, der französische Segler „Cybelle“, 145 Tonnen, von Malaga nach Tiffaton mit Eisen, am 10. April ein englischer bewaffneter Transportdampfer von etwa 8600 Tonnen, tief beladen auf der Fahrt nach Port Said, ein englischer Hilfskreuzer vom Typ „Dorway“ von etwa 12.000 Tonnen von Alexandria, am 11. April der bewaffnete englische Dampfer „Imperial“, 4648 Tonnen, von Port Said nach Balta. Anfangs April sind nach Aussagen von englischen Kriegsgefangenen zwei Dampfer von je etwa 5000 Tonnen durch Minen versenkt worden.

### Angenehm günstige Friedensausichten.

**Amsterdam, 17. April.** Das „Allgemeine Handelsblad“ führt in einem Artikel aus, während der ganzen Kriegsdauer sei niemals ein günstiger Augenblick für Friedensunterhandlungen auf einer alle Kriegführenden befriedigenden Grundlage gewesen, als im gegenwärtigen Augenblick, zumal die riesigen Schiffsverluste und die Missernteausichten auch England zu Friedensunterhandlungen geneigter machen dürften. Auch der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ betont, daß die Missernte aller Weltteile voraussichtlich zur Abkürzung der Kriegsdauer erheblich beitragen werde.

### Baldige Einberufung des Reichsrates.

**Wien, 17. April.** Die Wiener Blätter melden: Mit Rücksicht darauf, daß die Friedensfrage in den Vordergrund gerückt ist, wird die Einberufung des Reichsrates für Mitte Mai in Aussicht genommen, ohne daß eine Aenderung der Geschäftsordnung und gewisse staatsrechtliche Maßnahmen mittels Otkroi durchgeführt werden sollen, da der Reichsrat die Voraussetzungen seiner Arbeitsfähigkeit sich selbst schaffen soll.

### Brasilien gegen Deutschland.

**Berlin, 17. April.** Der brasilianische Gesandte überreichte dem Staatssekretär des Auswärtigen eine Note, derzufolge die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen und die Botschaft für die Gesandtschaft und das Konsulat erbeten werden. Begründung hierfür wird die Verstörung des brasilianischen Dampfers „Parana“ durch deutsche Seestreitkräfte angegeben.

### Verschiedene Nachrichten.

**Rio de Janeiro, 17. April.** Die Beschlagnahme der deutschen Schiffe ist überall ohne Zwischenfall vor sich gegangen. Nach Blättern aus Santos sind drei deutsche Spione auf der Höhe des Forts Itaque festgenommen worden. In Buenos Ayres zerstreute die Polizei die Manifestanten und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Der Redakteur des deutschen Blattes wurde verhaftet.

(Fortsetzung auf Seite 6.)

## Tagesbericht.

(Verdienste in der Rumänienzeit.) Der Prediger der Kronstädter evang. Filialgemeinde A. B. Martinsberg Gustav Schiel hat sich während der Rumänienzeit um das evangelische Leben in Kronstadt große Verdienste erworben. Seine Arbeit und Fürsorge erstreckte sich nicht nur auf seine eigene Filialgemeinde und die innerstädtische Stadtpfarrkirche, deren geistliche Leitung, solange Stadtpfarrer D. Herfurth in rumänischer Gefangenschaft war, in seinen Händen lag, sondern er fand auch noch Zeit und Arbeitsfreude genug, sich der Bartholomäer evang. Kirchengemeinde hilfreich anzunehmen. Das Presbyterium dieser letzt-erwähnten Gemeinde hat nun an Prediger Schiel ein Dankschreiben gerichtet, in dem es heißt: „Das Bartholomäer Presbyterium hat in seiner Sitzung vom 27. Dezember 1916 und abschließend in seiner heutigen Sitzung den Bericht seines Vorsitzers über die mit dem Rumäneneinfall zusammenhängenden Gemeindeereignisse entgegengenommen und daraus mit freudiger und dankbarer Rührung erfahren, in welcher edler und uneigennütziger Weise Euer Hochwürden in jenen Wochen auch unserer Gemeinde beigestanden sind, indem Sie teils unmittelbar durch persönliches Eingreifen, teils mittelbar durch die unserem Rektor Johann Thiesz erteilten Ratschläge das Wohl unserer Gemeinde im Auge gehabt und sie, soweit es nur anging, vor Schaden bewahrt haben. Auch haben Sie über Ersuchen bereitwillig mehrere geistliche Funktionen in unserer Gemeinde abgehalten. Für diese Bewahrung der freundschaftlichen Treue in schwerer Zeit sagen wir Euer Hochwürden tiefempfundenen Dank, dem wir auch in unserem heutigen Protokoll geziemenden Ausdruck geben.“

(Ein Streit zwischen Tisza und den Oppositionsführern.) In seiner Rede in der Parteikonferenz der Nationalen Arbeitspartei hatte Graf Tisza u. a. die Oppositionsführer beschuldigt, ihre Audienz in einer Weise ausgenutzt zu haben, daß rings um uns eine Aktion sich entwickelt habe, die „ein ganzes System der wohlformierten Flüsterungen, der heimlich verlautendenden Halbügen gewesen ist, die die Audienzen umrankt haben.“ Dies hat die Oppositionsführer sehr in Harnisch gebracht. Graf Aladar Bichy, der Führer der Volkspartei suchte sofort eine Audienz beim König an und erbat sich und erhielt die Bewilligung zur Veröffentlichung einer Erklärung der Oppositionsführer, worin sich diese gegen Tiszas Äußerungen verwahrten und erklärten, sie hätten nur gesagt, daß sich nach ihrem Eindruck ihr Streben bezüglich Bildung eines Konzentrationskabinetts nicht im Gegensatz zu der Auffassung Sr. Majestät befindet, wie dies der wirklichen Sachlage auch entspreche.

(Tisza für die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland.) Auf das Telegramm, das anlässlich der Berliner Tagung der deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsverband an den Ministerpräsidenten Grafen Tisza geschickt hatte, ist von diesem jetzt ein Schreiben eingelangt, in dem es heißt: „Ich bitte versichert zu sein, daß die königlich ungarische Regierung an der Verwirklichung einer tunlichst weitgehenden wirtschaftspolitischen Annäherung mit Deutschland unentwegt weiterarbeitet und die Hoffnung nicht aufgegeben hat, diese für alle Teilnehmer so erspriechliche Sache über alle Hindernisse und Schwierigkeiten hinweg zum siegreichen Ende zu führen.“

(Entdeckung von Erdgasgruben in Ungarn.) In der Nähe von Kecskemet wurden Spuren von Erdgas entdeckt, was zu eingehenden geologischen Untersuchungen Veranlassung gegeben hat. Man hofft, daß man hier eine Fundgrube von Erdgas entdeckt hat.

(Der Zeitungsschreiber Szébenyi in England interniert.) Der „Az Est“ berichtet aus Genf, daß der in London wohnhafte ungarische Zeitungsschreiber Josef Szébenyi in ein Konzentrationslager gebracht wurde. Das geschah infolge einer Anzeige des englischen Publizisten Watson Seaton, der in der Zeitschrift New Europe nachwies, daß die berüchtigten Briefe aus Ungarn, die Szébenyi in England zur Veröffentlichung brachte, gefälscht waren. Die Tätigkeit Szébenyis in England war schon seit längerer Zeit eigenartig. Seit Ausbruch des Krieges hatte dieser ungarische Zeitungsschreiber in der Londoner Morning Post Briefe aus Un-

garn veröffentlicht, die zwar falsche Angaben und Nachrichten enthielten, jedoch geeignet waren, über Ungarn und dessen Verhältnisse in England falsche Ansichten hervorzurufen.

(Ausbreitung der Friedensbewegung in Rußland.) Nach Meldungen Schweizer Blätter aus Italien und den nordischen Hauptstädten läßt sich nicht daran zweifeln, daß die Friedensbewegung in Rußland immer größeren Umfang annimmt und namentlich unter den Soldaten Platz greift. Viele Tausende an die Front zurückberufener Soldaten weigern sich, Petersburg zu verlassen, trotzdem der Kriegsminister strenge Strafen bei Nichtbefolgung der Einrückungsbefehle ausgesprochen hat. In der Michaelskirche in Petersburg versammelten sich etwa 2000 Soldaten zu einer Friedenskundgebung. Ein Unteroffizier, namens Klimenko, hielt eine Rede, in der die provisorische Regierung bedroht wurde, falls sie nicht den Forderungen der Soldaten und Arbeiter zustimmen sollte. Mehrere hundert Soldaten sind mit Aufträgen des Vollziehungsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates an die Front abgegangen, es wurden aber zahlreiche dieser Abgesandten an der Front verhaftet. Bei der Armee gewert wurden alle eingetroffenen Soldatendelegierten in Haft gesetzt. Die Meldungen über die Verhaftungen haben unter den Arbeitern und Soldaten in Petersburg eine starke Erregung hervorgerufen. Mehrere tausend Personen forderten bei einer Straßenkundgebung vor dem Palais der provisorischen Regierung die Freilassung der Verhafteten. Der anwesende Ackerbauminister Schingareff versuchte die Demonstranten vergeblich zu beruhigen. Am letzten Montag fuhrn Studenten und Soldaten in Kraftwagen durch die Stadt und schwenkten weiße Fahnen, von denen einige die Inschrift: Freiheit und Frieden! zeigten. Die Telegraphen-, Eisenbahn- und Postbeamten haben sich teilweise mit dem Arbeiterrate solidarisch erklärt. Die Versammlungen gegen den Krieg werden immer zahlreicher. Die neuerlich eingetretenen großen Verpflegungsschwierigkeiten in Petersburg tragen nach italienischen Berichten dazu bei, die Friedenspropaganda zu verstärken.

(Furcht vor Hungersnot in Rußland.) Ackerbauminister Schingareff erklärte in einer Sitzung der neuen Bauernpartei, daß er der kommenden Ernte mit der größten Besorgnis entgegen sehe. Die Bauern in den meisten Gouvernements hätten die Erwartung der Regierung stark getäuscht. Nach wie vor weigerten sie sich das Brot- und Saatgetreide herauszugeben, trotzdem die Höchstpreise für Getreide wesentlich erhöht seien. Die größte Gefahr bestehe jedoch darin, daß die Bauern noch immer keine Anstalten zur neuen Frühjahrspflanzung trafen, trotzdem in der Krime und in weiten Strecken Südrußlands die Saatzeit bereits eingeleitet habe. Der Ackerbauminister erklärte, daß Rußland gegenwärtig durch eine Bauerngefahr stark bedroht sei. Die Bauern sollten die Bereitwilligkeiten untereinander einstellen. Die Regierung werde den Wünschen der Bauern nach Landzuteilung nachkommen, könne diese Maßnahmen in Anbetracht der großen Bedeutung der Agrarfrage aber nicht überstürzen. Wenn die Bauern nicht sofort die landwirtschaftlichen Arbeiten aufnahmen, drohe Rußland eine furchtbare wirtschaftliche Katastrophe.

(Rumänische Reformen.) Der Temps meldet aus Jassy: König Ferdinand von Rumänien hielt gelegentlich einer Parade eine Ansprache an die Truppen, in der er den Angehörigen des Bauernstandes im Falle eines Sieges einen größeren Anteil am Grundbesitz sowie auch Vermehrung der politischen Rechte versprach. Das Blatt meldet weiter aus Deffa, angesichts der Befreiung russischer Juden wolle auch Rumänien die bisherigen Einschränkungen der jüdischen Rechte beseitigen.

(Einstellung der amerikanischen Ausfuhr nach den neutralen Ländern.) „Morning Post“ meldet aus Washington, daß Senator King beantragte, vom Handelsdepartement Aufklärungen über die amerikanischen Waren zu verlangen, die während des Krieges über Schweden, Norwegen, Dänemark, die Niederlande und die Schweiz nach Deutschland gelangt sind. King erklärte, er habe die Absicht, einen Antrag einzubringen, wonach die Ausfuhr nach neutralen Ländern, die mit Deutsch-

land Handel treiben, einzustellen sei. Der Vorsitzende des neuerrichteten Departements für Lebensmittelversorgung schlug vor, Getreidetransporte nach den neutralen Ländern, die an Deutschland grenzen, zu verbieten. Newyork Times schlägt vor, in den an Deutschland grenzenden neutralen Ländern die Amerikaner mit der Bewachung der Grenzen zu beauftragen. Sie würden dafür zu sorgen haben, daß jeder Handel mit Deutschland aufhört. Falls die betreffenden Länder sich dagegen sträuben, müßte ihnen die Zufuhr aus Amerika vollständig abgeschnitten werden.

(Gefährdung der holländischen Webereien.) Eine Textilfirma in Almelo erhielt dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge aus Manchester die telegraphische Nachricht, daß jedwede Ausfuhrerlaubnis für Garne von der englischen Regierung aufgehoben worden sei. Infolgedessen werden wahrscheinlich binnen kurzem alle Webereien den Betrieb einstellen müssen.

(Eine Waffe Carranzas.) Petit Parisien meldet aus Washington, Carranza sei entschlossen, die Ausfuhr von Petroleum aus Mexiko zu verbieten. Dies würde in Amerika als Bruch der Neutralität angesehen. Das Lyoner Blatt Progres dagegen meldet, Carranza bewies bisher große Mäßigung. Wilson hoffe daher, das Verbot werde nicht erfolgen.

(Ernteschäden durch die Kälte in Frankreich.) „Petit Parisien“ schreibt, daß die große Kälte, die seit einigen Tagen in Frankreich herrscht, große Besorgnis wegen der Ernteaussichten, besonders in Südfrankreich, verursache, wo der entstandene Schaden außerordentlich groß sei.

(Erdgasleitung nach Großwardein.) Gestern begannen in Großwardein die Verhandlungen der Stadtgemeinde mit den Vertretern der Deutschen Bank hinsichtlich der Zuleitung von Erdgas in das Gebiet der Stadt. Das Erdgas soll sowohl zur Beleuchtung der Stadt, wie zum Betrieb der elektrischen Bahn verwendet werden, außerdem beabsichtigt die Deutsche Bank, in Großwardein eine Gaszentrale zu errichten, die das Gas an Private zu Beleuchtungs- und Industriezwecken abgeben wird. — Auch in der Umgebung der Stadt Kecskemet wurde das Vorkommen von Erdgas festgestellt, doch konnte die Ergiebigkeit der Quellen noch nicht erforscht werden.

(Zuziehung von Arbeitervertretern in die deutschen Verteilungsstellen.) Aus Berlin wird berichtet: Der Chef des Kriegsamtes General Groener hat an die Bundesregierungen die Anregung gerichtet, grundsätzlich in alle Verteilungsstellen von Ernährungsprodukten in Stadt und Land auch Vertreter der Arbeiterschaft abzuordnen, damit sie durch ihre persönliche Mitarbeit die Ueberzeugung gewinnen, daß die vorhandenen Lebensmittel tatsächlich richtig verteilt werden. Damit soll der Behauptung der verheerenden Agitatoren, daß die Lebensmittel zugunsten einzelner Bevölkerungsschichten den anderen vorenthalten werden, endgiltig der Boden entzogen werden.

(Eine Friedensintervention des Papstes.) Aus London verlautet in bestimmter Form, der Papst werde in den allernächsten Tagen einen Versuch zur Herbeiführung des Friedens auf einer in allen Einzelheiten ausgearbeiteten Grundlage unternehmen.

(Die neue russische Nationalhymne.) Die russische Zeitung „Rußoje Slowo“ in Moskau bringt in ihrer Nummer vom 2. d. Mtz. einen Aufsatz, worin sie mitteilt, daß die neue russische Nationalhymne bereits komponiert worden ist und binnen kurzem durch Vermittlung der Presse und besonderer Flugblätter bekanntgegeben und verbreitet werden wird. Sie ist stilisiert nach dem Muster der französischen Marseillaise und enthält mit keinem Worte einen Hinweis auf einen Herrscher oder Präsidenten noch sonstige hervorragende Persönlichkeiten, sondern spricht nur vom Volke, vom freien Rußland und von einer demokratischen Regierungsform. Der Veröffentlichungstag der neuen Hymne soll in ganz Rußland als ein nationaler Feiertag begangen werden.

(Eine große Explosionskatastrophe in Amerika.) Einer Newyorker „Reuter“-Meldung zufolge hat die Explosion in der Granatenfabrik Eddystone in Pennsylvania 15 Millionen Dollars Schaden angerichtet. 360 Personen sind verwundet, 210 tot.

(Die Verwertung der neuen Ernte.) Wir lesen im „N. P. Z.“: Diese Frage bildet den Gegenstand lebhafter Erörterungen, ohne daß bisher positive Nachrichten bekannt wären. Man glaubt, daß die zuständigen Kreise, auf die bisherigen Erfahrungen gestützt, nun doch die richtigen Lösungen finden und namentlich jenen Umstand verhindern werden können, daß Verheimlichungen des in Anspruch zu nehmenden Getreides weiter möglich sein sollten. Es verlautete, daß die neue Ernte gleich beim Drusch requiriert und übernommen werden soll, doch ist dies kaum denkbar und technisch undurchführbar, da weder genügende Lagerräume, noch das nötige geschulte Arbeitermaterial zur Verfügung steht. Es dürfte vielmehr beim Drusch eine Aufnahme der Druschergebnisse mit behördlicher Ueberwachung und Bekanntgabe des Signers erfolgen, wodurch gleich die mit Abzug des Eigenbedarfes verbleibende Menge zuverlässig festgestellt werden kann. Eine Frage bildet es auch, ob die für die Kommissionäre der Kriegspublikum-A. G. jetzt gültige Rayoneinteilung auch für die neue Ernte verbleibt, in welchem Falle das Getreide, natürlich nur durch den betreffenden Rayonkommissionär übernommen und abgeliefert werden könnte. Die Ansichten sind hierüber geteilt. Die Rayonierung stört natürlich die Beziehungen alter Geschäftsverbindungen und schließt den freien Handel für die Kriegspublikum-A. G. aus, während die Kaufleute bestrebt sind, diese alten Verbindungen nach Möglichkeit zu erhalten, wobei die freie Kaufsmöglichkeit auch größere Getreidemengen in Bewegung setzen kann. Andererseits würde sich aber die Beibehaltung der Rayonierung vorteilhaft erweisen, um die requirierten Mengen in gewissenhafter Evidenz zu halten und zu sichern, was in zentralisierter Form durch Requirierung und Rayonierung zweifellos zuverlässiger erfolgen kann. Die Kaufberechtigung der Privaten dürfte kaum wieder zugelassen werden, da diese zu vielen Mißbräuchen Anlaß gab. Immerhin muß aber erst über die zu erwartende neue Ernte ein übersichtlicheres Bild vorhanden sein und dieselbe annähernd geschätzt werden können, bevor über Preise und Abwicklungs-methode endgültige Beschlüsse gefaßt werden können. Es ist wahrscheinlich, daß eine mäßige Regelung der Getreidepreise nach aufwärts erfolgen wird, womit aber auch gleichzeitig der zwischen Getreide u. Viehpreise bestehende übermäßige Weidw. enz Schrank n gesetzt werden müßte, damit verhindert wird, daß in Anbetracht der hohen Viehpreise, zu menschlicher Nahrung geeignetes Getreide in größeren Quantitäten verfüttert wird.

(Das fünfzigjährige Jubelfest der deutschen Reichsverfassung.) Am 16. d. M. sind 50 Jahre verfloßen, seit der Reichstag des Norddeutschen Bundes den Entwurf der Verfassung verabschiedet hat. Am 4. März 1867 brachte der Präsident der Bundes-Kommissionen Graf Bismarck-Schönhausen den Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes im Reichstag ein. In 27 Sitzungen hat der Reichstag die umfangreiche Vorlage verabschiedet. Am 16. April brachte der Präsident des Reichstages Dr. Simson den Entwurf, wie er aus den Beschlüssen des Reichstages hervorgegangen war, zu einer Gesamtabstimmung. Daran beteiligten sich insgesamt 283 Mitglieder, von denen 230 mit Ja und 53 mit Nein gestimmt haben. Die Verfassung wurde also mit großer Mehrheit angenommen. Unter den Gegnern der Vorlagen befanden sich die Abgeordneten Baumbach, Bebel, von Mallinckrodt, Reichensperger, Richter, Windthorst und sämtliche polnische Abgeordneten. Am nächsten Tage, dem 17. April, stand als einziger Punkt auf der Tagesordnung die Mitteilung des Grafen Bismarck über die Annahme der Vorlage durch die verbündeten Regierungen. Zum Schluß verlas Graf Bismarck eine Botschaft des Königs, durch die die Sitzungen des Reichstages am gleichen Tage geschlossen wurden. Mittags 12 Uhr fand im weißen Saal des königlichen Schlosses in Berlin die Schlußsitzung statt, in der der König Wilhelm eine Ansprache verlas, die mit folgenden Worten schloß: „Das große Werk, an welchem mitzuwirken Wir von der Vorsehung gewürdigt sind, geht seiner Vollendung entgegen. Die Volksvertretungen der einzelnen Staaten werden dem, was sie in Gemeinschaft mit den Regierungen geschaffen haben, ihre verfassungsmäßige Anerkennung nicht versagen. Der-

selbe Geist, welcher die Aufgabe hier gelingen ließ, wird auch dort die Beratungen leiten. So darf denn der erste Reichstag des Norddeutschen Bundes von seiner Tätigkeit mit dem erhebenden Bewußtsein scheiden, daß der Dank des Vaterlandes ihn begleitet und daß das Werk, welches er aufgerichtet hat, sich unter Gottes Beistand segensbringend entwickeln wird für uns und für künftige Geschlechter. Gott aber wolle uns alle und unser neues Vaterland segnen!“ — Die Verfassung des Norddeutschen Bundes ist dann vier Jahre später zur Verfassung des deutschen Reiches erweitert worden.

(Deutsche Unterseeboote im Stillen Ozean.) Ein Funkenspruch aus San Francisco besagt, daß die Anwesenheit deutscher Unterseeboote im Stillen Ozean in der Nähe von San Francisco gemeldet wird. Die Marinebehörden haben Maßnahmen getroffen, um Ueberraschungen zu vermeiden.

(Nachrichten über den Untergang eines Cunard-Dampfers.) Anfragen im englischen Unterhaus verraten, daß kürzlich ein großer Cunard-Dampfer auf eine englische Mine gelaufen und gesunken ist und daß die englische Regierung jede Veröffentlichung darüber verboten hat. In einem Leitartikel des „Daily Telegraph“ vom 29. März wird verraten, daß kürzlich ein 13.000-Tonnen-Dampfer mit Fleisch einen Hafen der englischen Westküste anlief und von dort nach London gesandt wurde. Auf der Fahrt dorthin wurde er dann mit allem Fleisch versenkt.

(Englische Machenschaften gegen die russischen Friedensfreunde.) Am 14. d. M. trafen in Stockholm mehrere russische Revolutionäre ein, welche der jungsozialistischen Zeitung „Politiken“ folgende Verlautbarung zustellten: „England, das offiziell die russische Revolution freundlich begrüßte, versucht, sofort ihr Ergebnis zu vernichten. Es widersetzte sich der erlassenen Amnestie und weigerte sich, friedensfreundlichen Revolutionären die Durchreise zu gestatten. Darauf wurden Unterhandlungen mit der deutschen Regierung über die Durchfahrt geführt. Die Deutschen gewährten dem Zuge Exterritorialitätsrechte. Im April reisten 30 russische männliche und weibliche Sozialisten, darunter Lenin und Sinowiew, sowie einige Mitglieder des polnischen Arbeiterverbandes durch Deutschland. Sie verließen während der Fahrt nicht den Wagen. Die deutschen Behörden erfüllten das Uebereinkommen zuvorkommend. Vor der Abreise wurde ein Protokoll unterzeichnet, in dem der Vertreter der französischen Journalisten und Paul Hartstein, ein Mitglied der deutschen radikalen Opposition, sich voll der Handlungsweise der Sozialisten angeschlossen.“ Diese Verlautbarung der russischen Sozialisten veranschaulicht deutlich das gewalttätige englische Bestreben, alle russischen Friedensneigungen zu unterbinden.

(Die Arbeiter gegen Miljukow.) Die Londoner Zeitungen melden aus Petersburg: Die Forderungen des revolutionären Arbeiterausschusses werden immer staatsgefährlicher. Die Deputation des Arbeiterausschusses, die von der provisorischen Regierung die Demission Miljukows verlangte, wurde auf dem Wege nach dem Duma-gebäude von Soldaten des früheren Leibregimentes des Zaren begleitet.

(Joffre organisiert die amerikanische Armee.) Die „Neue Züricher Ztg.“ meldet aus Paris: Die französische Regierung sandte eine unter Führung des Generalissimus Joffre stehende Militärkommission nach Amerika zur Organisation der Feldarmee der Vereinigten Staaten.

(Mozarts Geburtshaus.) Aus Salzburg kommt allen Verehrern Mozarts und seiner Kunst die freudige Kunde: Mozarts Geburtshaus ist in den Besitz des Mozarteums übergegangen; damit ist diese noch ganz in ihrer Ursprünglichkeit erhaltene Stätte für immerwährende Zeiten vor aller Entweihung geschützt. Fachkundige Gelehrte werden das in den Wohnräumen Mozarts bereits bestehende reichhaltige Museum derart ausgestatten, daß dieses in noch höherem Maße das Interesse aller Kunstfreunde und der Mozartverehrer im besonderen finden wird.

(Der Erdgeruch.) Wer jetzt über den frisch gepflügten Acker wandert, nimmi — namentlich nach einem Regen — einen würzigen

Duft in der Luft, den sogenannten Erdgeruch wahr. Man hat lange geglaubt, dieser eigenartige Geruch rühre von flüchtigem kohlenstoffreichem Ammonial her, das sich bei der Zersetzung organischer Stoffe im Boden bilde. Aber in Wirklichkeit erzeugt ein Strahlenpilz (Actinomyces odorifer) diesen erfrischenden Niesstoff. Es ist Kullmann, wie die „Deutsche Parfümerie-Zeitung“ berichtet, gelungen, den Pilz auf kohlehydratreichen Nährboden, insbesondere Milchsuckerbouillon, unter starker Geruchbildung zu züchten. Erfolgt die Züchtung auf Gelatinnährboden, also ohne Kohlehydrate, so bleibt der Erdgeruch aus. Es gelang aus den Pilzkulturen den Niesstoff in Form kleiner Kristalle zu gewinnen. Sie brechen das Licht doppelt und stellen den formgewordenen Geruch der Erdscholle chemisch rein dar.

**Säuglingssterblichkeit und Maßnahmen dagegen.**

Von Schwester Hermine Hermann.

**I.**

Die Frage der Säuglingssterblichkeit ist durch den Krieg in ein schärferes Licht gerückt worden. Neu aber ist sie keineswegs. Schon lange vor dem Weltkrieg haben die führenden Staaten Europas, als einer der ersten Deutschland, ihre Aufmerksamkeit dieser Frage zugewandt. Die statistischen Erhebungen Noetles aus den Jahren 1891 bis 1900 geben folgenden Ueberblick über die Säuglingssterblichkeit in Europa: Rußland: 26.9 v. H., Oesterreich: 23.6 v. H., Ungarn: 23.5 v. H., Deutsches Reich: 21.7 v. H., Italien: 17.6 v. H., Frankreich: 16.4 v. H., England: 15.4 v. H., Schweden: 10.2 v. H., Norwegen: 9.7 v. H.

Oesterreich-Ungarn und das Deutsche Reich stehen nach Rußland an höchster Stelle. Vergleichen wir mit diesen Zahlen die Säuglingssterblichkeit in Schweden und Norwegen! Welcher Unterschied! Welch großer Mehrverlust an jungem Leben in Oesterreich-Ungarn und Deutschland! Warum? Mit der oberflächlichen Beantwortung „natürliche Auslese“ hat Deutschland seither mit seiner gewohnten Gründlichkeit, die auch vor unangenehmen Entdeckungen nicht zurückschreckt, sich nicht darüber hinwegtäuscht, gründlich ausgeräumt. Seine strengsten Nachforschungen ergaben, daß die lebensunfähigen, erblich belasteten Kinder nur einen geringen Prozentsatz ausmachen im Verhältnis zu den anderen lebensfähig Geborenen, die ein Opfer der sozialen Schäden, der mangelhaften Pflege und Ernährung werden.

Schon eine Statistik von Diort Lorenzen aus den Jahren 1850—1870 über die Kindersterblichkeit der souveränen Häuser von Europa zeigt, daß bei guter Pflege und Ernährung die Säuglingssterblichkeit auf 7.8 v. H. heruntergedrückt werden kann, eine Biffer — man nennt sie „Muzzahl“ — der Schweden und Norwegen tatsächlich nahe steht. Deutsche Statistiken über die Sterblichkeit der natürlich, d. h. mit Muttermilch, ernährten Kinder, 7 v. H., weisen auf die Bedeutung der Ernährungsfrage hin. Die Erreichung der hohen Sterblichkeitsziffer in Deutschland 21.7 v. H. (in Ungarn 23.5 v. H.) geht also hauptsächlich auf Kosten der künstlich ernährten und von diesen wieder in erster Linie der unehelichen Kinder.

Was für Maßnahmen hat Deutschland ergriffen, um die hohe Sterblichkeitsziffer herunterzudrücken? Ich lasse A. Uffenheimer, Ex-med., Privatdozent an der Universität München sprechen:

„... daß alle Bestrebungen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit von ganz einheitlichen Gesichtspunkten aus zu betrachten sind, daß alle Einrichtungen und Anstalten, die dem Kampfe dienen, nach wenigen, streng durchzuführenden Grundsätzen zu arbeiten haben. Es ist deshalb be-grüßenswert, daß sich gerade in der letzten Zeit große staatliche Zentralen gebildet haben, die aus sachverständigen Männern der verschiedensten Berufskreise zusammengesetzt — sich bestreben, durch Feststellung der Zeitpunkte und straffe Organisation etwas Großes und Ganzes zu erzielen.“

Es gibt in Deutschland drei Zentralen für Säuglingschutz, die bayerische, hessische und preussische, die sich zur deutschen Vereinigung für Säuglingschutz zusammengeschlossen ha-

ben. Von hier aus gehen die Fäden der Säuglingsfürsorge und erstrecken sich nebartig immer dichter über das ganze Land. Die Säuglingsfürsorge schließt weitgehenden Mutterchutz in sich und gliedert sich in offene und geschlossene Fürsorge.

**Mutterchutz.** Im Jahre 1883 schon wurde in Deutschland das Krankenversicherungsgesetz auch auf eine 6wöchige Unterstützung der Wöchnerin ausgedehnt und durch die Reichsversicherungsordnung im Jahre 1911 auf 8 Wochen, wovon 6 Wochen auf die Zeit nach der Entbindung fallen müssen, erhöht. Durch diese Regelung wird es auch der auf Erwerb angewiesenen Mutter ermöglicht, sich vor und nach der Entbindung die nötige Ruhe zu gönnen und dem Kinde wenigstens in dessen ersten Lebenswochen die natürliche Ernährung zu kommen zu lassen.

**Der offenen Säuglingsfürsorge** kommt im Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit die größte Bedeutung zu. „Die Aufklärung der Mutter ist der beste Säuglingschutz“ sagt Dr. Bestatore, Direktor des Kaiserin-Augusta-Viktoria-Hauses zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich. Dies ist das Leitwort der offenen Säuglingsfürsorge: Aufklärung und Belehrung der Mutter und weitgehende Unterstützung in der Ausübung ihres Mutterberufes. Zu diesem Zweck sind, durch die Zentrale vorbereitet, in allen Städten Deutschlands ja seit den letzten Jahren vielfach auch auf dem Land, Säuglingsfürsorgestellen eingerichtet worden, die je nach den örtlichen Bedürfnissen wöchentlich eine oder mehrere ärztlich geleitete Beratungsstunden abhalten, die Mütter unentgeltlich über die Pflege ihrer gesunden und kranken Kinder — besonders Säuglinge — beraten und die Gewichtszunahme der unter ihrer Fürsorge stehenden Säuglinge in Eidenz halten. Die Fürsorgestelle behält alle Säuglinge, deren Entwicklung gefährdet erscheint, durch Hausbesuche der besoldeten oder freiwilligen, aber dafür durch theoretischen und praktischen Lehrcurs vorgebildeten Fürsorgerinnen dauernd unter Aufsicht, tritt für die Wichtigkeit der „natürlichen Ernährung“ des Säuglings durch mündliche und schriftliche Aufklärung und Belehrung ein. Für die Verbreitung einer zweckmäßigen Pflege und Ernährung des Säuglings wird weiter von der Zentrale, die mit allen in ihr Gebiet gehörenden Fürsorgestellen in Verbindung steht und diese in ihrer Arbeit stützt, durch Veranstaltung von Vorträgen und Lehrcursen in Stadt und Land durch Entsendung von Wanderlehrerinnen und Wanderausstellungen gesorgt. An die Fürsorgestellen sind vielfach Tagesrippen u. Milchküchen angeschlossen. Die Tagesrippen nehmen der auf Erwerb angewiesenen Mutter tagsüber die Sorge für ihr Kind ab. Dadurch ist auch der ledigen Mutter eine Möglichkeit geboten, ihr Kind bei sich zu behalten u. ihm wenigstens in ihrer freien Zeit Mutter zu sein. Darin liegt der hohe moralische Wert dieser Einrichtung, die in letzterer Zeit durch Fabriktagestrippen oder Stillstuben, wo die in der Fabrik arbeitenden Mütter ihre Kinder zur bestimmten Stunde stellen können, eine wertvolle Ergänzung erfahren haben. Die Milchküche versieht die künstlich genährten, also Flaschenkinder, mit der Entwicklung des Säuglings entsprechender trinkfertiger Nahrung, klärt über die Verabreichung derselben auf und beugt dadurch Ernährungsstörungen vor.

Die geschlossene oder Anstaltsfürsorge tritt ganz in die Rechte der Mutter. Sie soll also nur wenn die Mutter tot, krank oder unfähig ist, ihr Kind zu pflegen, in Anwendung kommen, denn auch die musterbildigste Anstalt kann dem Kinde die Mutter nie vollwertig ersetzen. Ihre größte Bedeutung liegt neben dem, daß sie viele Kinder vor dem sicheren Tode bewahrt, darin, daß sie als Lehrinstitut für Mütter, Hebammen, Kinderpflegerinnen, junge Mütter und Mädchen aller Stände weit hinaus für die Verbreitung einer zweckmäßigen Säuglingspflege wirkt.

Dies sind, kurz zusammengefaßt, die Einrichtungen und Gegenmaßnahmen Deutschlands gegen seine hohe Säuglingssterblichkeit. Mit welchem Erfolg? Laut einer Tabelle von W. Goeth beträgt die Säuglingssterblichkeit in Deutschland im Jahre 1913 durchschnittlich 15.1 v. H. Zu dieser Zahl liefern den höchsten Beitrag die Großstädte, dann Schlesien und Bayern, wo aber die schon erwähnte Zentrale, herrlich organisiert, in der oben ange deuteten Weise arbeitet

und die 30—50prozentige Säuglingssterblichkeit auf 19 v. H. heruntergedrückt hat.

Wie steht es mit der Säuglingssterblichkeit in Ungarn? Vor kurzem hat unter dem Titel „Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit“ im „Pester Lloyd“ Universitätsdozent Dr. Nikolaus Berend versucht, die Gleichgiltigkeit, die man hier noch dieser Frage gegenüberstellt, zu durchbrechen. In kurzen Schlagworten zieht Dr. Berend einen Vergleich zwischen dem, was Deutschland und was Ungarn im Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit tut: dort streng organisierte, zielbewusste Arbeit, hier bis jetzt noch nur schwache unorganisierte Versuche. Er sagt: „Obzwar sich in Ungarn 280 Vereine und Institutionen mit allen Arten des Kinderschutzes befassen, fehlen sozusagen die ersten Spuren des Säuglingschutzes“. Dies klingt für viele, die von den Staatsasylen, deren Ungarn 18 besitzt, von jenen Landkolonien und den Stillprämiën, die der Staat seit Jahren gewährt, gehört haben, befremdend; dienen denn diese Einrichtungen nicht dem Säuglingschutz? Ja und nein! Ja, insoweit, als sie „verlassene“, also Waisen und Halbwaisen oder „für verlassen erklärte“, also der Staatsfürsorge überlassene, Kinder in ihre Obhut aufnehmen. Nein, weil sie nur geschlossene Fürsorge darstellen und der wirksamste Zweig im Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit, die offene Fürsorge, darin bisher nicht vertreten war und so dem großen Sterben der Säuglinge durch Aufklärung über unzureichende Pflege und Ernährung nicht Gehalt geboten wurde. So kommt es, daß Ungarn, trotzdem es auch große materielle Opfer nicht scheute, mit seinem Erfolg weit hinter Deutschland zurücksteht. Dadurch aber, daß nur Anstaltsfürsorge für die fürsorgebedürftigen Säuglinge in Betracht kommen konnte, hat sich das Fürsorgesystem Ungarns auf eine unnatürliche Grundlage verschoben, indem die Anstaltsfürsorge nun vielfach in Anwendung genommen wurde, wo die offene Fürsorge hätte eingreifen müssen. Da die Aufnahme in die geschlossene Fürsorge aber an eine Verlassenschaftserklärung des Kindes und die Ueberlassung des Kindes an die Staatsfürsorge gebunden ist und dies auch trotz Leben und Gesundheit, aber Unterstützungsbedürftigkeit der Mutter formell geschehen kann, so ergibt sich daraus folgendes Mißverhältnis. Die Mutter läßt ihr Kind für „verlassen“ erklären, wird dann für die Dauer des Säuglingsalters des Kindes entweder mit dem Kinde zusammen in ein Asyl untergebracht oder überläßt nur das Kind dem Asyl. Durch die Verlassenschaftserklärung hat sie der Rechte der Mutter entsagt und muß sich im zweiten Lebensjahr des Kindes von diesem trennen. Das Kind kommt in Haltpflege, die natürlichen Bande zwischen Mutter und Kind, die auch die leichtsinnigste Mutter moralisch heben und ihr Verantwortungsbe wußtsein wecken, werden zerrissen, das Kind aber muß die Sonne der Kindheit, die Mutterliebe, entbehren.

Seit Beginn des Krieges ist nun dieses System in soweit gemildert worden, als Kriegswaisen und Reservistenkinder trotz Verlassenschaftserklärung auch über das erste Jahr hinaus bei der Mutter bleiben dürfen. Daß eine weitere Umorganisation sich vollziehen wird, läßt der seit Kriegsbeginn in Budapest ins Leben gerufene Stefanie-Landesverband, dessen Präsident Graf Apponyi ist, erwarten. Welcher Art diese Umorganisation sein wird, hat Dr. Berend in seinem Artikel „Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit“ („Pester Lloyd“ vom 11. Februar d. J.) angedeutet.

**Sächsische Universität.**

Sitzung vom 16. April 1917.

Vorsitzender begrüßt den zum erstenmale an den Sitzungen teilnehmenden neugewählten Abgeordneten Dr. Rud. Schüller als neuen Mitarbeiter an den kulturellen Bestrebungen der sächsischen Universität und sächsischen Siebenrichter; seine Wahl wird durch den hiezu bestimmten Ausschuß als verifiziert erklärt.

Nach Mitteilung der neu eingelangten Geschäftsstücke werden durch Abgeordneten Dörr mehrere Ministerialerlässe, die die in den Sitzun-

gen des Jahres 1915 gefaßten Beschlüsse der Hauptversammlungen genehmigen, mitgeteilt und zur Kenntnis genommen.

Auf Antrag des selben Referenten des Finanzausschusses wird das Ansuchen des Bismarcker Stadtmagistrates um Erhöhung der Dotation der dortigen Gewerbeschule abgewiesen, mangels verfügbarer Mittel, sowie im Hinblick darauf, daß es sich vielleicht nicht empfiehlt, für die Gewerbelehrerschulen in ihrer jetzigen Organisation größere Beträge zu bewilligen.

Abgeordneter Rudolf Brandisch hat an die Hauptversammlungen ein Ersuchen gerichtet, sich grundsätzlich darüber zu äußern, ob sie geneigt seien, die Erhaltung einer durch Angehörige produzierender Stände allenfalls zu errichtenden, vor allem der Hebung des Handelsverkehrs mit dem Balkan dienenden Wirtschaftskanzlei für den Osten durch einen jährlichen Beitrag von wenigstens 10.000 Kronen zu unterstützen. Auf Antrag des Referenten des Finanzausschusses, Dörr, wird dem Ansuchen um einen Beitrag nicht stattgegeben mit Rücksicht darauf, daß der den Wirkungskreis der sächsischen Universität und sächsischen Siebenrichter regelnde Ges.-Art. 12 vom Jahre 1876 deren Vermögen ausschließlich für kulturelle Zwecke bestimmt.

Abgeordneter Heinrich Brandisch berichtet namens des Schulausschusses über die Wienwirtschafts- und Schulfondsrechnung, sowie über den Durchführungsnachweis und die Wirtschaftsberechnung der von der Universität erhaltenen Mediaischer Ackerbauschule für das Jahr 1915, über den Uebersichtsausweis der Rechnungen und Voranschläge und den Baumschulvoranschlag für 1917. Die Berichte dienen zur genehmigenden Kenntnis. Die Wirtschaftsrechnung über das Jahr 1915, die einen Reingewinn von rund 36.700 Kronen, d. h. etwa 30.000 Kronen mehr als im Jahre 1914 ausweist, wird mit dem besonderen Ausdruck der Anerkennung für die umsichtige Wirtschaftsführung des stellvertretenden Leiters der Anstalt, Hauptlehrers M. Englisch, genehmigt. Abgeordneter Gustav Heinrich berichtet über zwei im abgelaufenen und eine zu Beginn dieses Jahres stattgefundene Visitation der Ackerbauschule. Von diesen drei Berichten hat namentlich der letzte, der den Zustand der Anstalt nach dem Rumäneneinfall schildert, besonderes Interesse. Es ist hiernach die berechtigte Hoffnung vorhanden, daß die durch den feindlichen Einfall, die Räumung der Stadt und der Anstalt insbesondere an dem Viehstande, der Maisernte und den Weingärten verursachten Schäden durch die wesentlich gestiegenen Preise der Wirtschaftserzeugnisse nahezu werden ausgeglichen werden. Sämtliche Berichte dienen zur genehmigenden Kenntnis. — Der gleiche Referent legt im Namen des Schulausschusses den Bericht des Zentralamtes über die Tätigkeit des Kuratoriums der Ackerbauschule in den Jahren 1914 bis 1916 vor. Mit besonderem Danke wird darin der verstorbenen Kuratoren Josef Konnerth und J. M. Lehrer gedacht, die sich beide mehr als dreißig Jahre hindurch um die Hebung der Anstalt vielfach verdient gemacht haben. Ersterer insbesondere dadurch, daß er einerseits im Rahmen des Landwirtschaftsvereins der eifrigste Vorkämpfer der Kommission war, die erst das richtige Bedürfnis nach landwirtschaftlicher Fachbildung weckte, andererseits als Kurator der Mediaischer Ackerbauschule für die Vermittlung der erforderlichen Kenntnisse sorgte, letzterer namentlich auch dadurch, daß er als Kurator und zugleich als Abgeordneter der sächsischen Universität, deren Vertrauensmann und Vertreter er war, wo es galt, Fragen der Ackerbauschule im Einvernehmen mit Mediaischer Behörden zu lösen. Der Beschluß des Kuratoriums, den Angehörten der Schule, insbesondere dem stellvertretenden Leiter Michael Englisch für den vielfach unter erschwerten Umständen bewiesenen Fleiß und Diensthier Dank und Anerkennung auszusprechen, wird einhellig zur Kenntnis genommen unter gleichzeitiger Würdigung der Wühwaltung der Kuratoren selber. Die Wahl dreier ordentlicher und zweier Ersatzmitglieder des Kuratoriums für die Jahre 1917 bis 1919 soll in der nächsten oder übernächsten Sitzung der Hauptversammlung vorgenommen werden. — Weitere Berichte über die Mediaischer Ackerbauschule werden erstattet: von Josephi über die Schülerbeimrechnung des Schuljahres 1915/16 und den Schulvoranschlag für 1917, die beide genehmigt werden, ferner vom neu-

gewählten Abgeordneten Dr. Richard Schuller über die Weingarten- und Baumschulrechnung des Jahres 1915 und die Voranschläge der Schulwirtschaft und der Wirtschaft am Galgenberg, die ebenfalls angenommen werden.

Abgeordneter D. Franz Herfurth berichtet im Namen des gleichen Ausschusses über die zufolge später ministerieller Genehmigung des bezüglichen Beschlusses unterbliebene Visitation der Bistriker Ackerbauschule im Jahre 1916, sowie über die Tätigkeit dieser Anstalt im nämlichen Jahre. Aus den Ausführungen des Referenten ist hervorzuheben, daß die Schule im Berichtjahre nur vier Schüler zählte, die von dem Direktor allein unterrichtet wurden, da der Fachlehrer Kriegsdienst leistet. Die Hoffnungen auf einen regeren Schulbesuch zu Beginn des neuen Schuljahres im abgelaufenen Herbst haben sich leider nicht erfüllt: die Anstalt zählt gegenwärtig einen einzigen Schüler, der ohnehin auch landsturmpflichtig, bis auf weiteres nur praktischen Unterricht und ebensolche Verwendung erhält. Der Erfolg der Wirtschaft wird im allgemeinen als befriedigend bezeichnet, was den Ertrag der Felder und Graslandereien anbelangt, Weingarten und Obstanlage hingegen lieferten keinen Ertrag. Es wird beschlossen, die Anstalt im Jahre 1917 neuerlich visitieren zu lassen.

Der gleiche Abgeordnete berichtet über den der Marienburger Ackerbauschule durch den Rumäneneinfall zugefügten Schaden: ein großer Teil des Viehstandes ist verloren gegangen, die Anstaltsgebäude sind zwar nicht verbrannt, aber stark mitgenommen, sämtliche Einrichtungen, Lehrmittel, Möbel geraubt oder vollständig zerstört, besonders auch die äußerst wertvollen und unersehblichen Weizen-, Bohnen-, Gräser- und Maiszuchtungen völlig verwüstet, das Archiv, die Bücherei und Kanzleibücher vernichtet, auch der Schaden an den Geräten und Maschinen ist bedeutend. Der eben neu angeschaffte fahrbare Benzinmotor im Werte von 3100 Kronen wurde von den Rumänen mitgenommen, das gesamte Futter und ein Drittel der ungedroschenen Frucht von ihnen verfüttert, 15 Mastern Buchenholz sind verschwunden. Erhöht wurde der Schaden dadurch, daß sich der Leiter und der Werkführer der Anstalt vier Stunden, nachdem in der Anstalt der Ausbruch des Krieges mit Rumänien bekannt geworden war, zur sofortigen Einrückung nach Mediasch stellen mußten. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen und die Besichtigung der Schule im laufenden Jahre gleichfalls beschlossen.

Die durch das Zentralamt erfolgte Flüssigmachung des Oppensars des Univ.-Anwaltes Dr. Wilhelm Bruckner (Referent: Nicolaus), sowie einer Familienzulage an Archivsekretär Dr. Auner für sein zweites im Februar 1916 geborenes Kind, ebenso die Flüssigmachung eines Honorars an den Univ.-Offizial Wagner für die Vernehmung der Kontrollorsobliegenheiten wird nachträglich genehmigt (Referent: Schöpp). Auf Antrag des nämlichen Referenten werden den Dienern Michael Drotloff und Michael Schneider Alterszulagen zugesprochen und die vom Zentralamt hinsichtlich der neuen Einkommen-, Vermögens- und Kriegsgewinnsteuer getanen Schritte nachträglich gutgeheißen.

Abgeordneter Ernst Thullner berichtet namens des Schulausschusses über die um Verteilung von Gewerbeschulstipendien eingelaufenen Gesuche, und es wird ein solches von je 100 Kronen bedingungsweise an J. Fröhlich und J. Schuller verliehen. Für die Reisestipendien haben sich Bewerber nicht gefunden, sie sollen fürs laufende Jahr in erhöhten Beträgen neuerlich ausgeschrieben werden.

Die nicht im Sinne der Schuldverschreibung erfolgende Rückzahlung eines Annuitätsdarlehens der Mühlbacher Salzbad-A.G. wird ausnahmsweise genehmigt, ebenso auf Antrag des gleichen Referenten, Univ.-Sekretärs Dr. Julius Drendi, der Bericht des Zentralamtes über die neuerliche Zeichnung von Kriegsanleihe, worüber das wesentliche schon in der Eröffnungsrede des Vorsprechenden mitgeteilt ist, gutgeheißen und das Dankschreiben des Mediascher Ackerbauschulleiters d. R., A. Foramitti in Graz, für die Anerkennung der Pensions-, Kriegszulage u. die durch das Zentralamt vorgenommene Entsendung des Univ.-Sekretärs als Vertreter der Universität in die Stadtvertretung zur Kenntnis genommen.

In der anschließenden Sitzung der Siebenrichter werden die auf die nämlichen Gegenstände bezüglichen Beschlüsse der Universität ebenfalls angenommen, mehreren Forstwarten Alterszulagen bewilligt und einige den Wirkungsbereich des Zentralamtes überschreitende Gesuche von Annuitätschuldern erledigt; schließlich wird dem Ansuchen der Sektion „Hermannstadt“ des S. R. W. um Herstellung der zerstörten Schutzhütten auf dem Bucsecs und Megovan stattgegeben mit Rücksicht darauf, daß deren Wiederaufbau auch im Interesse der sächsischen Siebenrichter liegt.

Die nächste Sitzung beider Hauptversammlungen findet Donnerstag, 19. d. M., vormittag statt.

## Volkswirtschaft.

(Der Kesper Spar- und Vorschußverein, Aktiengesellschaft) hat am 10. d. M. seine diesjährige ordentliche Vollversammlung abgehalten. Im Jahresberichte der Direktion wurde darauf hingewiesen, daß sich infolge des Zuflusses von Spareinlagen und der ungewöhnlich hohen Darlehensrückzahlungen das Schwergewicht der Geschäftstätigkeit auf die Anlage der überflüssigen Gelder und auf die möglichste Vermeidung und Verminderung der durch den Krieg hervorgerufenen Risiken beschränken mußte. Wie bisher, war die Gesellschaft auch im abgelaufenen Jahre Zeichenstelle für die ungarischen Kriegsanleihen. Es wurden bei ihr auf die vierte Kriegsanleihe 776.150 Kronen, auf die fünfte 474.500 Kronen gezeichnet. Die Gesamtzeichnungen auf alle fünf Kriegsanleihen betragen 2.775.000 Kronen. Bei Ausbruch des Krieges mit Rumänien flüchtete das Institut mit seinen Werten nach Budapest, ein Teil der Geschäftsbücher und Akten wurde aber, da sie nicht weggeschafft werden konnten, in Kepsz versteckt. Bei der Rückkehr fanden sich diese unversehrt wieder vor. Trotz des eingeschränkten Geschäftsumfanges und der strengsten Bilanzierungsgrundsätze, die besonders bei der Bewertung der eigenen Wertpapiere beobachtet wurden, wurde, nach reichlicher Dotierung der Reserven, ein Reingewinn von 36.964 Kronen, also um einige hundert Kronen mehr als im Vorjahre, erzielt. Die Generalversammlung setzte die Dividende für 1916 mit 20 Kronen per Aktie, d. i. 10 Prozent, fest und widmete aus dem Reingewinn 2000 Kronen der Kesper ev. Kirchengemeinde für Schulzwecke und 700 Kronen dem Kesper ev. Kindergarten.

## Aus Hermannstadt und Umgebung.

(Lehrerabend.) Zu dem Sonnabend den 21. d. M. stattfindenden Lehrerabend wird hiemit freundschaftlich eingeladen. Ort: Heltauergasse 10, erster Stock. Zeit: halb 8 Uhr.

Der Vertrauensmann.

(Orgelkonzert.) Das in der hiesigen evang. Stadtpfarrkirche zugunsten der Kriegswitwen und -waisen Sonnabend den 21. d. Mts. 7 Uhr abends stattfindende Orgelkonzert des Budapesters Orgelkünstlers Dr. Stefan von Havas wird folgendes Programm enthalten: 1. J. S. Bach: D-moll Toccata und Fuge. 2. E. Bossi: Studio Sinfonico. 3. E. Martin: Evensong (Abendlied). 4. J. S. Bach: Es-dur Toccata, Adagio. 5. L. Böhm: Suite Gothique: a) Coral, b) Menuetto, c) Adagio, d) Toccata. Karten für Sitzplätze 2 Kronen und Stehplätze 1 Krone sind von Mittwoch den 18. d. M. an von 9 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 7 Uhr nachmittags in Georg Meyers Buchhandlung zu haben. Ueberzahlungen werden dem wohlthätigen Zwecke zugeführt.

(Familiennachricht.) Fritz Dietrich, Walbmanipulant, hat sich mit Fräulein Bösch in Petersdorf bei Mühlbach verlobt.

(Die Eröffnung der Kasino-Bibliothek) ist Anfang April erfolgt. Der Umtausch der Bücher findet wie bisher Montag, Donnerstag und Sonnabend von 10 bis 12 Uhr statt. Die geehrten Abonnenten werden ersucht, die ausständigen Bücher ehebaldest zurückzustellen.

(Stadtkino.) Heute und morgen wird das berühmte Schauspiel Henry Vatailles „Der Hochzeitsmarsch“ gegeben. In Berlin, Wien, München und Budapest ist es mit außerordentlichem Erfolg aufgeführt worden. Die Hauptrolle spielt Lidia Borelli. Die Ausführung wird von eigens zu diesem Zweck zusammengestellter Musik begleitet. Außerdem geht noch die Humoreske „Ihre königliche Hoheit“ und ein Singspiel in Szene.

(Spenden.) Dem Kinderschutzberein spendet Frau Eulde Bheps Kinderwäsche und Kleider. Es dankt herzlichst der Ausschuss.

(Kleine Mitteilungen.) Verlaufen hat sich ein kleiner schwarz-weiß gefleckter Hund (Bracker). Er hört auf den Namen „Wolf“. Gegen Belohnung abzugeben Heltauergasse 8.

## Telegramme des Korrespondenzbureaus.

(Fortsetzung von Seite 2.)

### Spaniens Neutralität.

Bern, 17. April. „Matin“ meldet aus Madrid: Das Blatt „El Dia“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Kammerpräsidenten Villanueva, der erklärte, er sei immer ein Anhänger der Neutralität gewesen und werde es bleiben, was auch kommen möge. Niemand werde seine Ueberzeugung ändern. Er sei der Ansicht, je ernster die Umstände seien, desto notwendiger sei die Neutralität. Die Mehrheit der spanischen Politiker seien Anhänger der Neutralität, die er als Abgeordneter immer verteidigen werde.

### Der Streit zwischen Tifsa und den Oppositionsführern.

Budapest, 17. April. Die oppositionellen Parteien hielten Sonntag in den Klubräumen der Volkspartei eine von Karoszi und Bazsonyi einberufene Konferenz. Die oppositionellen Mitglieder suchten Gegensätze zwischen der Auffassung Sr. Majestät und Tifsa über das Konzentrationskabinett, sowie zwischen der Auffassung Tifsas und Czernins über die äußere Politik zu konstruieren. Es wurde beschlossen, die dringliche Einberufung des Reichstages und die Ernennung einer neuen Regierung zu fordern, die das allgemeine Wahlrecht und die demokratischen Reformen in ihr Programm aufnimmt.

Budapest, 17. April. Zum Konflikt des Ministerpräsidenten mit den Führern der Opposition wird eine offiziöse Mitteilung veröffentlicht, worin darauf hingewiesen wird, daß es nicht angehe, bei vertraulichen politischen Gesprächen zum Ausdruck gebrachte Ansichten Seiner Majestät zu veröffentlichen und die Ermächtigung hierzu zu verlangen. Abgesehen hiervon wird durch diese Erklärung das Urteil des Ministerpräsidenten nicht entkräftet. Niemand hat behauptet, daß das Hindernis der Verwirklichung der Idee eines Konzentrationskabinetts in der Auffassung Sr. Majestät gelegen wäre. Außer den vorhandenen objektiven Schwierigkeiten steht der Verwirklichung der Umstände im Wege, daß die oppositionellen Parteien, welche die Konzentration verkünden, nicht die Konzentration anstreben, sondern dieses Schlagwort benützen wollen, um die Mehrheit lahmzulegen, die ihnen nicht beliebigen Elemente hinauszudrängen und eine solche neue Konstellation zu schaffen, welche die Führung in ihre Hände legen würde. In der Kritik des Ministerpräsidenten war von der Auffassung Sr. Majestät keine Rede. Die Kritik bezog sich auf jenes Vorgehen der Opposition, womit sie durch tendenziöse Einstellung von Neußerlichkeiten und ähnliche kleinliche Kniffe aus Parteiinteressen und selbststüchtigen Machtbestrebungen den Umstand auszunutzen trachtete, daß Seine Majestät den Führern der Opposition zur vertraulichen Auseinandersetzung ihrer politischen Ansichten Gelegenheit zu geben geruhte.

Budapest, 17. April. Graf Johann Zichy äußert sich im „Az Est“, er habe an dem Zustandekommen der Arbeitspartei mitgewirkt, beschäftige sich nicht mit politischen Intrigen und lasse sich nicht aus der Partei hinauskomplimentieren.

Budapest, 17. April. Die Mitglieder der nationalen Arbeitspartei haben die im „Az Est“ vom 17. April erschienene Erklärung des Abgeordneten Grafen Johann Zichy mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Allgemein kam die Ansicht zum Ausdruck, daß der genannte Abgeordnete nunmehr nicht im Verbands der Partei verbleiben könne. Die nationale Arbeitspartei wird in dieser Angelegenheit heute abends eine Konferenz abhalten.

Verantwortlicher Hauptschriftleiter:  
Emil Reugeborn.

Bl. 1429. 1917. 1891 1

**Rundmachung.**

Das Vorschreibungsverzeichnis der nachträglich für das Jahr 1916 beantragten Erwerbsteuer 3. Klasse (die neueröffneten Geschäfte und Unternehmungen sowie Vererben), liegt vom 17.-24. April l. J. hiermit zur allgemeinen Einsichtnahme auf.

Die kommissionellen Verhandlungen beginnen am 28. d. Mts.

Nagyszeben, am 16. April 1917.  
Das Stadt-Steueramt.

Bl. 81. 1917. 1276 8

**Bewerbungsaufruf.**

Für die Zeit vom 1. Mai bis 30. September l. J. wird für die Sommerbewahrung in Frauendorf eine Letzterin gesucht. Bezüge: 80 Kronen monatlich, von jedem Kind ein halbes Brot, freie Wohnung, Ertrag der Fahrlofen. Eine Gehilfin wird beigegeben.

Reibungstermin: den 21. April l. J. Frauendorf, am 7. April 1917.

Das evang. Presbyterium A. B.

**Vom Oberstuhlsrichteramt des Nagydizsnóder Bezirkes.**

Bl. 1791. 1917. 1872 1

**Rundmachung.**

Es wird von Seite des unterfertigten Amtes verlautbart, daß die Kriegsschadenkommission des Nagydizsnóder Bezirkes die infolge der rumänischen Invasion verursachten Schäden in den einzelnen Gemeinden nach folgendem Arbeitsplan aufnehmen wird:

1. Veszény, am 18. u. 19. Mai,
2. Sellenberk, am 21., 22. u. 23. Mai,
3. Fenyőfalva, am 24., 25. u. 26. Mai,
4. Felek, am 29., 30. u. 31. Mai,
5. Czód, am 1. u. 2. Juni,
6. Nagytalmács, am 4., 5. u. 6. Juni,
7. Kisdisznód, am 7. Juni,
8. Resinár, am 8., 9. u. 11. Juni,
9. Rinszád, am 12. u. 13. Juni,
10. Nagydizsnód, am 14., 15. u. 16. Juni,
11. Oltrákovicsa, am 23. u. 24. Juli,
12. Oltalsósebes, am 25. u. 26. Juli,
13. Oltfelsősebes, am 27. Juli,
14. Porosd, am 28. u. 30. Juli,
15. Bojeza, am 31. Juli u. 1. August,
16. Kistalmács, am 2. u. 3. August.

Alle diejenigen, die in einer oder mehreren obiger Gemeinden Schaden erlitten haben, müssen ihre Ansprüche spätestens am Tage der Schadenaufnahme geltend machen und zu diesem Zweck vor der Kommission entweder persönlich erscheinen oder aber mit der Anmeldung des erlittenen Schadens eine Vertrauens-Person bestimmen.

Die schriftlich eingelangten oder noch einlangenden Schadenmeldungen werden der Schadenaufnahmekommission auch in Abwesenheit des Anmelders oder seiner Vertrauens-Person vorgelegt und von derselben verhandelt werden.

Nagydisznód, den 14. April 1917.  
Dr. Schuker, Oberstuhlsrichter.

**Freiwillige Lizitation**

von verschiedenen Möbeln, Küchengeräten u. Kochgeschirr, am 20. April 10 Uhr mittags Honterusgasse Nr. 2 1322 2

**Magister Alfred Engber**  
hat sich in Klausenburg mit  
**Kontesse Ilma v. Degenfeld**  
1378 vermählt.

**Haus mit Garten**  
2 grosse Oefen, grosse Zimmer, elektrisches Licht, Wasserleitung im Hause, preiswert zu verkaufen. Geeignet für Einkohr-, Gasthaus und Bäckerei sowie Holzhandel. Näheres zu erf. Schwimmgasse 30. 450 1

**Zwei Wohnungen**  
(je 2 Zimmer, Küche und Zugehör) im Hause Schneidmühlgasse 2 zu vermieten. 1302 2

**Steckzwiebel Gemüse und Blumensamen**  
angekommen  
**Carl F. Jickeli's Filiale**  
Grosser Ring Nr. 21. 1379 1

**Brief**  
erliegt für „Martha“  
1377  
Geübte 1376 1

**Näherinnen**  
werden sofort aufgenommen bei Korn, Heltauergasse 40, im Stock.  
**Thomas Herbert, Heltau 459,**  
hat ein Paar

**Ochsen**  
zu verkaufen. 1362 1

**Kindermädchen**  
wird sofort aufgenommen  
**Teutschg. 9.**  
1374 1

**Kinderwagen**  
Schuhe, Schürzen und Strümpfe für 1-2 Jahre alte Kinder, sind billig zu haben. Zu besichtigen täglich zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags. Näheres in der Verwaltung dieses Blattes. 1371 1

**Ein PFERD**  
zu verkaufen, Neppendorf 670. 1375 1

**5000 Obstbäume**  
Apfel-Hoch- u. Halbstämme u. Buschbäume, starke Pflaumen-Hoch- und Halbstämme in den besten Sorten, tadellos gezogen, verkauft wegen Auflösung der Baumschule nur im ganzen oder in grösseren Partien billig  
**Friedr. Binder**  
Mediasch, Steingasse Nr. 6. 788 7

**U m m e**  
Eine gesunde 1370 1  
wird gesucht. Näheres zu erfagen  
**Heltau Nr. 191**

**Militär- 1300 4 Kleider**  
zum Nähen werden ausgefolgt in der Kriesschneider-Werkstatt  
**Lázár Grünberger, Spororg. 26**  
bei **Hütter Michael, Ledererg. 2**  
bei **Setz Martin, Annagasse 1.**

**UNTER**  
den vielen Nachahmungen und Fälschungen, die in letzterer Zeit dem Publikum in einzelnen Geschäften angeboten u. hochgepreisen werden, ist keine einzige, die mit dem echten Diana-Fransbranntwein verglichen werden könnte. Die unendliche

**SEE**  
unterscheidet sich nicht mehr von einem Glas Wasser, als der echte Diana-Fransbranntwein von den wertlosen Nachahmungen, die zwar äusserlich die Verpackung des Originalzeugnisses vortäuschen, in ihrer inneren Zusammensetzung aber vollständig erfolglos und unbrauchbar sind. Jeder tut also wohl daran, wenn er Ange- 574 43

**BOTE**  
auf solche meist billiger offerierte Wunderpräparate energisch zurückweist und überall entschieden darauf besteht, dass er mit dem altbewährten, erprobten echten Diana-Fransbranntwein bedient werde. Man soll den Blick stets nach

**VORWÄRTS**  
werfen und bei der Pflege der Gesundheit jeder Erkrankung möglichst vorbeugen. Zu diesem Zweck dient der echte Diana-Fransbranntwein, dessen erfrischende, stärkende, kühlende und schmerzstillende Wirkung in der ganzen Welt bekannt ist.

**Diana-Fransbranntwein kostet:**  
1 Original-Flasche . Kronen 1.80  
1 mittelgrosse Flasche " 3.50  
1 ganz grosse Flasche " 7.—  
**Diana Handels-A.-G.**  
Budapest, V., Nádor-utca 6. sz.

**Zwei starke Wirtschaftswagen**  
zu verkaufen bei **Johann Méhes,**  
Burgergasse 41. 1310 3

Ein bürgerliche Frau oder älteres Mädchen wird als  
**Stütze der Hausfrau**  
in ein sächsisches Haus in Bistritz gesucht. Aufschluss erteilt die Verwaltung dieses Blattes. 1364 1

**Gartenwächter oder Hausmeister**  
gesucht, Kriegsinvalide bevorzugt. Anzufragen bei d. Verw. dieses Blattes. 1380 1

**Holzschuh-Fabrik**  
**LEOPOLD HAAS**  
Detail Engros  
Verkauf in meinen Niederlagen zu folgenden Fabrikspreisen:  
Grösse 27-28 29-35 36-39 40-46  
Schaffleder . . . . . K 12.30 14.60 17.— 21.10  
Kalbleder . . . . . K 13.40 15.80 18.10 22.20  
Rossbox . . . . . K 17.— 20.50 22.60 27.50  
Besonders starkes Kuhlleder:  
Grösse 25-28 29-34 35-38 39-42 43-44 45-47  
K 15.— 18.20 20.60 23.20 25.60 28.20  
Oberteile aus Leder, Sohlen und Absätze aus Holz.  
Für Fabriken, Bergwerke, Kinderheime, Flüchtlingslager wird Rabatt gewährt.  
**BUDAPEST VII., Erzsébet-körut 28.**  
Provinzi: 1388 1  
Dobron, Nagyvár, Kolozsvár, Temesvár, Győr, Fiume.

**Kautionsfähiger WIRT**  
für gutgehendes Wirtshaus in der Nähe Hermannstadt, wird gesucht v.  
**Thomas Binder & Söhne**  
Jungenwaldstrasse Nr. 7  
1347 2

**Ein Waggon Zwiebel**  
1351 2 zu verkaufen. Adresse  
**Johann Gábor, Heuplatz 4 a.**

**Geübte Näherin**  
wird gesucht. Anzufragen bei Frau **Charl. Szigetvári**  
1343 2 Franziskanergasse Nr. 6

Eine schöne, grosse  
**Hängelampe**  
mit Perlen, zwei grosse Bilder und hochfeines Glasservice samt Flaschen, zu verkaufen. Näheres in d. Adm. d. Bl. 1315 3

Ein 1314 3  
**Herrenfahrrad**  
in gutem Zustand, mit Freilauf, ist zu verkaufen, Burgergasse 24 im Geschäft.

1304 3  
**Näh- und Lehrmädchen**  
werden aufgenommen Kleine Erde 16.

**Herren-Fahrrad**  
in gutem Zustande, zu verkaufen,  
**Lederergasse Nr. 2** 1363 1

Ein 1301 4  
**Pferd**  
(Stute), 170 cm hoch, sehr schön, kann auch als Reitpferd verwendet werden, ist zu verkaufen, **Elisabethgasse Nr. 35**

